

Arbeitswelt im Umbruch

Zunächst ein paar Worte zu meiner Person. Ich habe über den Zusammenhang von Arbeit, Geld, Maß und Zeit promoviert, allerdings in Philosophie. Ich leite seit ca. zwei Jahren mit Prof. Dr. Stephan Lessenich von der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Ute Kalbitzer ein Forschungsprojekt zu „Solidarischen Arbeitsverhältnissen“, das im Rahmen des Instituts Solidarische Moderne entstanden ist und Vertreter aus Wissenschaft und Politik in einen Dialog bringt. Ich greife in meinem Vortrag vor allem auf die Expertise und die Ergebnisse aus diesem Forschungsprojekt zurück und will versuchen, einen Überblick zu geben über die Entwicklung und die Umbrüche in der Arbeitswelt sowie über den aktuellen Diskussionstand im Bereich der kritischen Wissenschaft, der Gewerkschaften, der politischen Linken und der sozialen Bewegungen; ich denke, das passt auch ganz gut zu einem Einleitungsvortrag sowie zu den strategischen Überlegungen, die ja auch mit einem solchen Fach-Kongress verbunden sind.

Der Vortrag hat drei Teile.

Beginnen möchte ich mit dem Ist-Zustand; d.h. mit dem Rahmen, in den die Arbeitsverhältnisse eingebettet sind; dazu gehört vor allem die Entwicklung der letzten Jahrzehnte, von der her die aktuelle Situation, aber auch die zukünftige Entwicklung der Arbeitsverhältnisse gedacht werden müssen.

Im zweiten Schritt möchte ich dann die aktuelle politische Situation, die Kräfteverhältnisse und die Akteure betrachten, die in der Arbeitswelt wirksam sind.

Und im dritten und letzten Schritt will ich schließlich zu politischen Entwürfen und Lösungsvorschlägen kommen

Ist-Zustand

Um die aktuelle Situation der Arbeitsverhältnisse zu verstehen, müssen wir ihre Einbettung in die politische Ökonomie betrachten, wobei diese politische Ökonomie von ihrer globalen Dimension her zu verstehen ist.

Die politische Ökonomie wird seit mittlerweile mehreren Jahrzehnten vor allem durch zwei Entwicklungen bestimmt. Sie lassen sich mit zwei Schlagworten zusammenfassen: Das Ökonomische wird beherrscht durch den finanzmarktgetriebenen Kapitalismus, die Politik durch den Neoliberalismus. Beide sind mittlerweile jedoch in eine Krise geraten.

In der Analyse und der Diagnose dieser krisenhaften Entwicklung herrscht in der kritischen Wissenschaft und in der politischen Linken mittlerweile weitgehende Einigkeit; ich will daher nur kurz die entscheidenden Grundzüge nennen:

Weitgehende Einigkeit herrscht darin, dass Finanzmarktkapitalismus und Neoliberalismus letztlich auf die Situation am Anfang der 70er Jahre zurückgeführt werden müssen, nämlich auf, vereinfacht gesagt, das Auslaufen der fordistischen Nachkriegsjahre und ihre keynesianische und sozialstaatliche Einbettung. In diesen Nachkriegsjahren hatte es für eine kurze Zeit in den entwickelten Industriestaaten des Westens, aber auch des Ostens, eine historische Ausnahmesituation gegeben, nämlich einen relativ stabilen Kreislauf von Massenbeschäftigung, Massenproduktion, Masseneinkommen und Massenkonsum.

Diese Produktionsweise samt ihrer keynesianisch-wohlfahrtsstaatlichen Regulierung ist aus einer Reihe von Gründen Anfang der 70er Jahre in die Krise geraten, vor allem durch Rationalisierungsschübe, durch das Ende des Wiederaufbaubooms und eines gewissen Sättigungsgrades an bestimmten Konsumgütern und an Infrastruktur, vor allem aber durch eine Verwertungskrise des Kapitals, die sich in fallenden Profitraten ausdrückte. Jedenfalls gibt es in den entwickelten Industrienationen seither kein vergleichbares Akkumulationsregime, das noch einmal auf vergleichbare Weise massenhaft Arbeitskräfte produktiv anwenden und ein ähnliches ökonomisches und politisches Gleichgewicht bewirken könnte. Im Gegenteil, es gibt zwar weiterhin eine Massenproduktion und eine Steigerung der Produktivkraft, aber beides wird zunehmend gerade durch die Ersparnis von Arbeitskräften bewirkt.

Die beiden Bereiche, die nicht wie zuerst die Landwirtschaft und dann die Industrie rationalisierbar und die zugleich extrem arbeitsintensiv sind, wo also voraussichtlich weiterhin massenhaft Arbeitskräfte benötigt werden, diese beiden Bereiche sind zum einen Bildung und Wissensproduktion und zum anderen die sog. Care-Ökonomie, also Arbeit im Gesundheitsbereich. Beide Bereiche gehen einerseits nur indirekt produktiv in die Waren- und Reichtumsproduktion ein und sind andererseits für die entwickelten post-industriellen Gesellschaften unbedingt notwendig: Die Wissensproduktion qualifiziert die Ware Arbeitskraft; die Care-Ökonomie re-produziert die Ware Arbeitskraft. Beide Bereiche sind aufgrund ihres besonderen Status besonders von Prekarität betroffen. Kein Wunder also, dass die relevanten Konflikte und Proteste regelmäßig in diesen Bereichen stattfinden und von ihren Akteuren getragen werden. (Und ebenfalls nicht zufällig sind beide Bereiche mittlerweile auch Gegenstand großer Theorien geworden. Der Bereich der Bildung und der Wissensproduktion wird als „kognitiver Kapitalismus“, „neuer Geist des Kapitalismus“, „General Intellect“ und „Multitude“ u.Ä. thematisiert; der Bereich der Care-Ökonomie, der Gesundheit und des Körpers u.a. als „Biopolitik“ und „Biomacht“.) Der dritte Bereich, in dem noch massenhafte Arbeitskräfte mobilisiert werden, ist bekanntlich der Dienstleistungssektor, wobei auch und gerade die beiden anderen Bereiche zunehmend wie Dienstleistungen organisiert werden. Und auch diese Dienstleistungen sind bekanntlich besonders von Prekarität betroffen, jedenfalls wenn es sich um den großen Bereich niedrig qualifizierter Leistungen handelt.

Ausgerechnet die drei Bereiche also, die noch besonders arbeitsintensiv und zugleich nur begrenzt rationalisierbar sind, ausgerechnet sie gehen nur bedingt produktiv in die kapitalistische Waren- und Reichtumsproduktion ein und finden darum unter besonders prekären Verhältnissen statt.

Doch diese tendenzielle Überflüssigkeit der Ware Arbeitskraft sowie ihre Prekarität in den noch arbeitsintensiven Bereichen, ist sozusagen nur die halbe Wahrheit. Die andere Hälfte ist, dass Reichtumsproduktion und Wertschöpfung nicht nur zunehmend außerhalb der klassischen fordistischen Industriearbeit stattfinden, sondern überhaupt ohne die Verwertung von Arbeit, nämlich in dem gesamten Bereich, der mit David Harvey „Finanzialisierung“ genannt werden kann, also durch alle Arten von Finanzgeschäften, wie Kreditsystem, Aktienhandel, Staatsanleihen, Derivate etc. Entscheidend ist zu berücksichtigen, dass überall hier nicht einfach die Bedingungen für die Verwertung der Arbeitskraft durch das Kapital verbessert werden, sondern dass das Kapital gar nicht als sog. fungierendes Kapital Reichtum erzeugt, also gar nicht Arbeit anwendet und verwertet, sondern als sog. fiktives Kapital entsprechend fiktiven Reichtum schafft oder ihn schlicht durch Umverteilungen aneignet.

Soweit zur ökonomischen Situation der Arbeit.

Sowohl die Prekarisierung aufseiten der Arbeit als auch der Aufstieg des Finanzmarktkapitalismus wurden politisch gefördert und gestützt durch den Neoliberalismus. Auch hier sind die relevanten Techniken weitgehend bekannt, sodass ich sie nur stichpunktartig zu nennen brauche: Deregulierung und Liberalisierung der Märkte und Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Kapital, Flexibilisierung und Entgrenzung der Beschäftigungsverhältnisse, Privatisierung öffentlicher Güter und Einrichtungen und die Kommodifizierung und Finanzialisierung aller Lebensbereiche, sowie die Abkehr von keynesianischer Politik und der Umbau des sozialen Wohlfahrtsstaates zu einem Wettbewerbsstaat und zu einem aktivierenden Sozialstaat.

Nimmt man die ökonomische und die politische Entwicklung seit den 70er Jahren zusammen, so haben sie offensichtlich über Jahrzehnte hinweg eine Krisendynamik aufgebaut, eine Krisendynamik, die aber erst seit 2007 offen zutage tritt. Die Entwicklung hat zumindest für die Arbeitswelt krisenhafte und einschneidende Folgen gehabt.

Die Wichtigste ist, dass die letzten Jahrzehnte in allen fortgeschrittenen Industrienationen zu einer ökonomischen und zu einer politischen Entwertung der Ware Arbeitskraft geführt haben.

Die ökonomische Entwertung ist schlicht die Senkung des Werts der Ware Arbeitskraft. Dazu gehört natürlich zuerst das Stagnieren oder der Rückgang der Reallöhne, jedenfalls steigen die

Einkommen nicht im selben Maße wie die Gewinne; des Weiteren die Verschlechterung der Reproduktionsbedingungen, vor allem durch den Ab- und Umbau der sozialen Sicherungssysteme. Das Ganze ging einher mit einer strukturellen Arbeitslosigkeit, mit einer gigantischen Umverteilung zugunsten der Kapitaleigentümer und der oberen Schichten, mit einer internen Lohnspreizung sowie mit einer Spaltung in noch relativ gesicherte Kernbelegschaften und einen großen Bereich ungesicherter Beschäftigungsverhältnisse, besonders im Bereich der Niedrig-Qualifizierten.

Dass die Ware Arbeitskraft ökonomisch derart entwertet wurde, ist ironischerweise der Grund, warum sie überhaupt wieder nachgefragt wird und die Arbeitslosigkeit nicht viel höher ausfällt. Die Ware Arbeitskraft ist schlicht so billig geworden, dass es sich wieder lohnt, sie in allen möglichen Bereichen und für alle möglichen Tätigkeiten zu beschäftigen. Das war bereits der Hauptgrund für das sog. Jobwunder in den USA, und auch in der BRD steuern wir ja mittlerweile auf so etwas wie eine „prekäre Vollbeschäftigung“ zu.

Was neben der ökonomischen nun die politische Entwertung betrifft, so liegt sie in der Schwächung aller Repräsentationsformen der Ware Arbeitskraft. Die Schwächung reicht vom Niedergang der Arbeiterbewegung und dem Zusammenbruch des Realsozialismus über die Schwächung der Gewerkschaften bis hin zur Transformation der Sozialdemokratie. Zur politischen Entwertung gehört aber auch die Verlagerung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung und der politischen Kämpfe weg von der Arbeit und hin zu andere Themen wie Ökologie und Umwelt, soziale Rechte, Stadt-Politik etc.

Zu dem Repräsentationsverlust der Arbeit trägt zudem der eben erwähnte Umstand bei, dass das Kapital zunehmend in Bereiche investiert, in denen Gewinne gerade nicht mehr direkt über die Anwendung und Ausbeutung der Ware Arbeitskraft generiert werden, sodass es darum auf die Arbeitskraft gar nicht angewiesen zu sein scheint. Die Bedeutung der Erwerbsarbeit als Quelle des Reichtums wie als Nachfragegröße tritt gegenüber anderen Faktoren und Orientierungen wie share holder value, Aktienkursen, Steuerlasten etc. zurück, und entsprechend tritt auch die politische Rücksicht auf die Arbeitskräfte und ihre Vertretungsorgane zurück.

Die gesamte Entwicklung: Aufstieg des Finanzkapitalismus und des Neoliberalismus einerseits und die ökonomische und politische Entwertung der Arbeitskraft andererseits, lässt sich zusammenfassen als Aufkündigung des sozialpartnerschaftlichen Modells der Nachkriegszeit. Parallel mit dem Ende des fordistischen Nachkriegsbooms, dem Niedergang des Realsozialismus und dem sog. Zeitalter der Globalisierung ist der soziale Friede vonseiten des Kapitals aufgekündigt worden, und zwar durch das, was mittlerweile als „neoliberale Revolution“ bezeichnet wird. (Darauf hat zuletzt auch Wolfgang Streek in seinem Buch „Gekaufte Zeit“ hingewiesen. Was er vergisst zu erwähnen, ist, dass das Sozialpartnerschaftsmodell zwar vonseiten des Kapitals aufgekündigt worden sein mag, durchgesetzt wurde das aber in vielen Ländern von sozialdemokratischen und sozialliberalen Regierungen, nicht von Konservativen.)

Soweit zur groben Orientierung über den Ist-Zustand der Arbeitswelt.

Damit komme ich zum zweiten Teil, nämlich zu den Akteuren und ihren Reaktionen. Wie drücken sich diese Entwicklungen und Umbrüche aufseiten der Akteure und in ihren Konflikten und sozialen Kämpfen aus?

2. Die sozialen Akteure und Kräfteverhältnisse in der Arbeitswelt

Wir befinden uns seit dem offenen Ausbruch der Finanzkrise in einer eigentümlichen historischen Situation, nämlich in der Situation eines Umbruchs, der zwar „logisch“ gesehen und vielleicht sogar „gefühl“ ansteht, der aber nicht eintritt. Der Finanzmarktkapitalismus ist ökonomisch in einer Krise und der Neoliberalismus ist politisch erschöpft und sogar massiv delegitimiert, zudem haben beide keine dauerhaften Lösungen anzubieten. Ja, sie treten sogar mittlerweile selber desillusioniert und ohne die alten Versprechen von „Wohlstand und Freiheit für alle“ auf. Mittlerweile wird sogar von einer „autoritären Wende“ des Neoliberalismus gesprochen.

Gleichwohl gehen die finanzmarktgetriebene Ökonomie und die Politik des Neoliberalismus weiter, auch und gerade in der Krisenverwaltung und in der Austeritätspolitik sowie im Ausbau der Europäischen Union.

Eine große politische Gegenreaktion ist jedenfalls bislang ausgeblieben. Es gibt zwar eine massive Kritik an den gegenwärtigen Verhältnissen und sogar eine Renaissance der Kapitalismuskritik, und es gibt auch das Bedürfnis nach durchaus grundlegenden Veränderungen. Gleichwohl gibt es keine Formierung einer schlagkräftigen Alternative. Es gibt weder einen wissenschaftlich fundierten Gegenentwurf noch eine soziale Gegenbewegung, ja es gibt nicht einmal eine wirkliche Veränderung in den politischen Kräfteverhältnissen.

Allerdings findet ein allgemeines Umdenken statt, das vielleicht eher untergründig wirksam ist. Zudem gibt es eine Reihe kleinteiliger und noch unzusammenhängender Reaktionen in der Wissenschaft, in der Politik und im Bereich der sozialen Bewegungen.

Wenn es in diesem allgemeinen Umdenken und seinen vielfältigen Ausdrucksformen so etwas wie einen gemeinsamen Nenner gibt, dann geht es um die (Rück-)Eroberung und (Wieder-)Aneignung der vom Neoliberalismus gelegneten und bekämpften gesellschaftlichen Voraussetzungen und Bedingungen in der Ökonomie, in der Politik und im Zusammenleben überhaupt. Die Betonung liegt auf der Gesellschaftlichkeit der Voraussetzungen und Bedingungen, denn die Entwicklung der letzten Jahrzehnte wird ja durchaus ambivalent beurteilt: Problematisch sind nicht die Individualisierung, Flexibilisierung, Privatisierung etc. als solche, sondern dass sie unter neoliberalen Bedingungen geradezu ins Gegenteil umgeschlagen sind, in Entgrenzung und Prekarität, in Überlastung und Fremdbestimmung, und dass sie zu ungerechter Verteilung, sozialer Ungleichheit und zu einer Entdemokratisierung geführt haben. Relative Einigkeit herrscht jedenfalls darin, dass es nicht um eine unvermittelte Rückkehr zu den alten Formen fordistisch-keynesianischer Wirtschafts- und Sozialpolitik gehen kann.

Diese (Rück-)Eroberung und (Wieder-)Aneignung zielt folgerichtig auf den – im weitesten Sinne – öffentlichen Raum. Dieser öffentliche gesellschaftliche Raum wird einerseits im schlichten territorialen Sinne politisiert: Besetzung der Plätze, Rekommunalisierung städtischen Eigentums und Rücknahme von Privatisierungen, „Recht auf Stadt“, Mitbestimmung und Teilhabe bei Großprojekten sowie der ganze Bereich der sog. Commons; das prägnanteste Phänomen dieser Politisierung des öffentlichen Raums ist wohl die Occupy-Bewegung. Andererseits geht es um den öffentlichen Raum im virtuellen Sinne, also um liquid democracy, open source, immaterielle Arbeit und Wissensproduktion, Netzpolitik, Wirtschaftsdemokratie und Gemeinwohl-Orientierung etc.; hier ist das spektakulärste Phänomen wohl der Aufstieg der Piraten-Partei.

Allerdings fällt auf, dass diese Aneignung und Rückeroberung des Öffentlichen allenfalls indirekt auf die Arbeit und die Arbeitsverhältnisse zielt. Es geht kaum noch, wie in früheren gesellschaftlichen Konflikten und Kämpfen, unmittelbar um die Arbeit und die Arbeitsbedingungen. Die Konflikte und Kämpfe haben sich stattdessen verlagert auf den gesamten Bereich des öffentlichen Raums und der gesellschaftlichen Reproduktion. Das gilt übrigens selbst dort, wo es große Reaktionen auf die Krise und die Austeritätspolitik gibt, also in den besonders betroffenen Ländern Süd-Europas.

Allerdings ist das eigentliche Problem nicht, dass es bislang nur ein recht allgemeines Umdenken gibt und eher kleinteilige Reaktionen als eine große Gegenbewegung. Und das eigentliche Problem ist auch nicht diese Verlagerung weg vom Bereich der Arbeit und hin zum Bereich der gesellschaftlichen Reproduktion und der Öffentlichkeit. Das eigentliche Problem ist grundsätzlicher Natur, nämlich dass keine wirkliche Alternative denkbar scheint, und zwar weder in der Arbeitswelt noch in der gesellschaftlichen Reproduktion und Organisation insgesamt. Das ist ein umso größeres Dilemma, als es ja bei der Analyse und Beurteilung der aktuellen Situation ungewöhnliche Einigkeit innerhalb der kritischen Wissenschaft und innerhalb der Linken gibt – aller Fragmentierung und allen üblichen Differenzen zum Trotz. Sogar in Hinsicht auf Konsequenzen und Schlussfolgerungen herrscht relative Einigkeit: aber eben darin, dass wir alle gemeinsam

ratlos sind, wie eine echte Alternative aussehen könnte, wie eine neue „große Erzählung“ gelingen könnte.

Die Situation ist sogar noch vertrackter: Die politische Linke steht mit ihrer Kritik gar nicht isoliert da, im Gegenteil: Ehemalige Kritiken und bestimmte Forderungen der Linken sind mittlerweile hegemonial geworden, und sie waren es übrigens sogar schon vor der Krise (man denke nur an die Kritik am Banken- und Finanzsystem oder an das Thema Mindestlöhne. Laut einer aktuellen Umfrage der Bertelsmann-Stiftung befürworteten vier von fünf Bundesbürgern sogar eine andere Wirtschaftsordnung, und nur ein Drittel glaubt noch an die Selbstheilungskräfte des Marktes).

Kurzum, es fehlt eine Art positiver Umkehrschub, der sich aus der aktuellen Situation und aus ihrer Kritik daran und der relativen Einigkeit darin ergibt.

Soviel zur Gegenreaktion im Allgemeinen. Werfen wir nun einen genaueren Blick auf die eigentliche Arbeitswelt und auf ihre relevanten Akteure!

Die Akteure schlechthin in der Arbeitswelt sind zunächst natürlich die hier Beschäftigten selbst. Die entscheidende Aussage dazu habe ich bereits oben getroffen, als es um die ökonomische und politische Entwertung der Ware Arbeitskraft ging: Es gibt einen allgemeinen Niedergang der Formen politischer Repräsentation der Arbeit. Das verschärft sich noch dadurch, dass ihr Gegenüber, das Kapital, längst transnational agiert und die Arbeitsverhältnisse ungeschützt dem Weltmarkt und einer weltweiten Konkurrenz aussetzt, während andererseits die Reproduktion der Ware Arbeitskraft national und regional bleibt und sogar zunehmend individualisiert geleistet werden muss.

Die Situation ist somit für die Erwerbstätigen dreifach schlecht: 1. sie stehen unter zunehmendem Druck einer weltweiten Kapitalverwertung, 2. sie sind dem Druck ohne schlagkräftige Vertretung weitgehend schutzlos ausgesetzt, und 3. scheinen ihre Arbeit und ihr Einkommen durch die Umorientierung der Reichtumsproduktion auf die Techniken des Finanzmarktes auch zunehmend weniger relevant zu sein, sowohl als Quelle der Reichtumsproduktion als auch als Nachfragegröße.

Der klassische politische Vertreter der Arbeit, die Gewerkschaft, ist daher 1. mit Abwehrkämpfen beschäftigt, und 2. mit der eigenen Umorientierung und Umorganisation angesichts der dramatischen Veränderungen im Bereich der Arbeitswelt.

Gleichwohl lässt sich die entscheidende Aufgabe der Gewerkschaften relativ klar definieren: Ihr Ziel ist schlicht, noch einmal dauerhafte, gleichberechtigte und sozial abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse herzustellen, also, kurz gesagt, das, was in den „goldenen Jahren“ des Nachkriegs-Fordismus als „Normalarbeitsverhältnis“ galt (freilich ohne die klassisch fordistische Alleinverdiener-Rolle des Mannes).

Doch die Arbeit mag zwar auch deshalb so schlecht dastehen, weil sie den entgrenzenden Kräften der Ökonomie zunehmend ohne angemessene Interessenvertretung ausgesetzt ist. Doch die eigentliche Frage ist m.E. grundsätzlicher, nämlich ob eine solch umfassend entgrenzte und flexibilisierte Arbeit überhaupt noch repräsentierbar ist. Es gibt nicht einfach nur einen Niedergang der klassischen Repräsentanten der Arbeit, sondern es gibt ein Problem der Repräsentierbarkeit der Arbeit als solcher. Ja, es gibt eine Krise der politischen Repräsentation insgesamt; mittlerweile wird ja auch von Post-Demokratie und Post-Politik gesprochen.

Diese „Krise der Repräsentation“ im Allgemeinen und der Arbeit im Besonderen ist wohl auch der Grund für die angesprochene Verlagerung im Bereich der politischen Akteure und sozialer Kämpfe. Es gab nämlich durchaus eine Reihe recht erfolgreicher sozialer Kämpfe und Bewegungen: Feminismus, Antirassismus, Umwelt- und Ökologiebewegung, Friedensbewegung, Anti-Atomkraft-Bewegung. Es ist also keineswegs so, dass die politische Linke in den letzten 30-40 Jahren immer nur verloren hätte oder wirkungslos geblieben wäre, oder dass relevante emanzipatorische Kämpfe gar nicht erst stattgefunden hätten. Solche Kämpfe finden eben nur zunehmend nicht mehr im Bereich der Arbeit statt. Wir müssen Politik im Bereich der Arbeit daher von einer

lang anhaltenden Abkehr und Verlagerung her denken und sie von den Bereichen her betrachten, wo solche Kämpfe heute stattfinden.

Dieser vielleicht wichtigste Umbruch in der Geschichte der Linken vollzog sich zudem zusammen mit dem Übergang von der fordistischen Produktionsweise in den sog. Post-Fordismus, weshalb es sich anbietet, im Bereich der Akteure entsprechend zu unterscheiden zwischen den klassischen Akteuren, die noch eher eine Politik für die Erwerbsarbeit und für ihre sozialstaatliche Sicherung verfolgen – die Gewerkschaften, die Sozialdemokratie und z.T. die Partei Die LINKE – und post-fordistischen Akteuren, die sich anderen gesellschaftlichen Themen zugewandt haben, also NGOs, Attac, Occupy und Blockupy, Queer- und Gender-Aktivist:innen, antirassistische und antifaschistische Gruppen usw. Es ist allerdings genau auf den Charakter dieses Umbruchs zu achten. Diese postfordistischen Akteure haben sich nicht einfach nur von der Arbeit ab- und anderen Themen zugewandt, sondern sie kritisieren vielfach explizit die Erwerbszentriertheit der kapitalistischen Gesellschaft, und sie kritisieren mithin auch die erwerbszentrierte Ausrichtung der klassischen Akteure. Es geht also durchaus auch weiterhin um die Arbeit, aber es geht um eine Kritik an der Arbeitsgesellschaft und um ihre grundlegende Neuorganisation.

Entsprechend diesem Umbruchs und der groben Unterscheidung innerhalb der Akteure lassen sich zwei Ausrichtungen im Bereich der Arbeitswelt unterscheiden – und damit komme ich zum dritten und letzten Teil, zu den möglichen Umgestaltungen und den aktuellen Gegenentwürfen.

3. Möglichkeiten der Umgestaltung und Gegenentwürfe

Wir können hier wieder eine erste grobe Orientierung erlangen, indem wir zunächst entlang des genannten post-fordistischen Umbruchs im Bereich der Arbeitswelt und der entsprechenden Akteure auch die Gegenentwürfe in zwei Richtungen unterscheiden. Aufseiten der klassischen Akteure geht es eher um die Wiedereinhegung der Arbeitsverhältnisse und um die Etablierung eines Normalarbeitsverhältnisses. Dazu gehören auch die sozialstaatliche Absicherung und eine aktive, evtl. keynesianische Arbeitsmarktpolitik. Dem gegenüber stehen Entwürfe, die auf eine Abkehr von der Erwerbszentrierung, der Wachstumsideologie und der Verwertungslogik zielen. Das bekannteste Projekt ist hier sicher das Bedingungslose Grundeinkommen in all seinen Varianten.

Doch wie immer man sich innerhalb dieser geradezu gegensätzlichen Ausrichtung verortet, es gibt m. E. noch eine gemeinsame Aufgabe „davor“. Die erste Notwendigkeit wäre nämlich, die Arbeit überhaupt wieder ins Zentrum der Politik zu stellen und für eine Re-Politisierung der Arbeitsverhältnisse zu sorgen – vielleicht für eine Re-Politisierung des Ökonomischen insgesamt. Wie immer man auch zur Erwerbsgesellschaft steht: Es muss wieder ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass die Arbeit überhaupt der Mittelpunkt der kapitalistischen Reichtumsproduktion und auch der individuellen Reproduktion ist – das ist nämlich mit dem angesprochenen Umbruch in den sog. Post-Fordismus gerade innerhalb der neueren politischen Akteure zu einer Art blindem Fleck geworden. Diese Re-Politisierung müsste wiederum – und auch das gilt unabhängig davon, wie immer man zur Erwerbsgesellschaft steht – zunächst schlicht auf eine ökonomische und politische Aufwertung der Ware Arbeitskraft zielen. Es stünde, auch wenn das vielleicht zu groß klingen mag, eine Phase transnationaler Organisation und „Sozialdemokratisierung“ an, nämlich aufseiten des Kapitals eine Re-Regulierung und wohl auch eine Entwertung und Kapitalvernichtung, und aufseiten der Arbeit Schutzmechanismen und Mindeststandards, vor allem im Bereich der Löhne, der Arbeitszeiten, der Arbeitsbedingungen und der sozialen Absicherung. Das steht übrigens auch und gerade im Interesse der Kapitals an, das sich nicht dauerhaft reproduzieren können, wenn es weltweit nur um die Entwertung der Ware Arbeitskraft und ihrer Reproduktionsbedingungen konkurriert, um die niedrigsten Löhne, die niedrigsten Kapitalsteuern, den schlechtesten Kündigungsschutz etc.

Die eigentliche Frage ist allerdings nicht, ob wir solche transnationalen Mindest-Standards für die Arbeit brauchen, sondern ob sie überhaupt möglich sind: Die große Frage ist, wie auf der Höhe der Globalisierung und weitgehend deregulierter, flexibilisierter und entgrenzter Arbeits-

verhältnisse die Arbeit überhaupt noch repräsentiert und organisiert werden kann. Wie können für die Arbeit transnational oder gar weltweit soziale Standards und Sicherungen eingeführt oder wenigstens die bestehenden aufrechterhalten werden?

Nach diesen sozusagen „ersten Aufgaben“ einer Re-Politisierung der Arbeit und ihrer transnationalen Organisation und Absicherung will ich noch kurz stichpunktartig aufzählen, welche weiteren Entwürfe in der Diskussion sind und die, wenn auch nicht geradewegs zum „guten Leben“, so doch in diese Richtung führen sollen; ich denke, wir werden zu einzelnen Punkten im Verlauf des Tages dann noch Genaueres hören.

- Zum eben genannten engeren Bereich einer Aufwertung und Sicherung der Arbeit gehören in Deutschland Mindestlöhne, Kampagnen für eine Um-Fairteilung (mit „ai“), eine aktive Arbeitsmarktpolitik sowie die Abschaffung von Harz IV.
- Dazu käme alles, was mit der Arbeits-Zeit zusammenhängt. Hier steht natürlich vor allem eine Arbeitszeit-Verkürzung an, oder besser eine Arbeits-Umverteilung: Stichwort „30 Stunden für alle“, „Halbtags-Gesellschaft“ u.Ä. Allerdings muss die Arbeits-Zeit immer mit den beiden Faktoren Arbeits-Entlohnung und Arbeits-Menge zusammengedacht werden.
Zur Arbeitszeitverkürzung gehören aber auch Auszeiten und Sabbaticals sowie bestimmte Elemente wie sog. Lebensphasenmodelle oder auch das Renteneintrittsalter.
- Neben dieser quantitativen Dimension der Arbeitszeit wird ihre qualitative Dimension diskutiert; hier sind die Stichpunkte Entschleunigung, die Frage nach „guter Arbeit“, Maßnahmen gegen Stress und Bourn-out, Work-Life-Balance, Vereinbarkeit von Familie und Beruf etc.
Die Oberbegriffe für den gesamten Bereich der Arbeitszeit sind Zeitsouveränität, Zeitwohlstand und Zeitautonomie.
- Wenn wir die übergreifende Einbettung der Arbeit und den Bereich der gesellschaftlichen Reproduktion betrachten, geraten wir bereits zu Konzepten einer Umorientierung weg von der Vollerwerbsgesellschaft und ihrer Wachstumslogik. Prominent geworden ist mittlerweile der gesamte Bereich der Commons, der Gemeingüter und der Allmende; weitere Stichworte wären Gemeinwohlorientierung, Solidar-Ökonomie, Wirtschaftsdemokratie, sozial-ökologischer Umbau, Green-New-Deal, aber auch der Umbau und die Demokratisierung des Finanzsektors und der gegenwärtigen EU-Konstruktion sowie der Kampf gegen die Austeritätspolitik.
- Ebenfalls auf eine Umorientierung in der Erwerbsarbeitsgesellschaft zielen alle Formen der bedingungslosen Grundsicherung, also vor allem das Bedingungslose Grundeinkommen, aber auch Formen der Grundrente oder die Etablierung universeller Bürgerrechte.
- Und schließlich zielt auch die Suche nach einer „Postwachstumsgesellschaft“ auf eine Neuausrichtung. Zur Postwachstumsgesellschaft gibt es ja nebenan in Jena ein groß angelegtes Forschungskolleg.

Soweit zur ökonomischen und politischen Situation in der Arbeitswelt und zu ihren Akteuren sowie zu möglichen Umgestaltungen.

Ich denke, zumindest eine grundsätzliche Orientierung lässt sich recht einfach zusammenfassen: So selbstverständlich die Einführung von Mindeststandards und Mindestsicherungen europaweit oder gar weltweit ansteht, so schwierig ist die Aufgabe, das zu organisieren und auch noch mit einer Umkehr von Erwerbszentrierung und Wachstumszwang zu verbinden. Das ist eine geradezu epochale Aufgabe, vor der die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit steht und der wir alle hier zurzeit wohl gemeinsam noch recht ratlos gegenüber stehen.